"Beitritt zu Europa" in Corriere della Sera (1. August 1961)

Legende: Am 1. August 1961 sagt die italienische Tageszeitung Corriere della Sera langwierige und schwierige Verhandlungen um den Beitritt des Vereinigten Königreichs zu den Europäischen Gemeinschaften voraus.

Quelle: Corriere della Sera. 01.08.1961, n° 182, anno 86. Milano: Corriere della Sera. "Ingresso in Europa", auteur:Lenti, Libero , p. 1.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU
Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:
http://www.cvce.eu/obj/beitritt_zu_europa_in_corriere_della_sera_1_august_1961-de-7409739f-646a-4944-8649-a2a59fdf0b65.html

Publication date: 05/07/2016

Beitritt zu Europa

Großbritannien hat nicht den sofortigen Beitritt zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), d. h. zum gemeinsamen Markt, beantragt, sondern die offizielle Aufnahme von Beitrittsverhandlungen. Das ist nicht das Gleiche, auch wenn die gestrigen Erklärungen von Macmillan darauf schließen lassen, dass man es ernst meint. Doch eben weil man es ernst meint, kann davon ausgegangen werden, dass die Verhandlungen weder leicht noch kurz sein werden, auch wenn ihr Abschluss absehbar erscheint. So wird Großbritannien also früher oder später – hoffen wir: möglichst früh – mit seinem gesamten politischen und wirtschaftlichen Gewicht zur EWG gehören.

Bis dahin können wir uns fragen, warum Großbritannien eine Entscheidung so lange verzögert hat, die in der natürlichen Ordnung der Dinge lag und liegt, und sogar vor und nach Inkrafttreten des Römischen Vertrags versucht hat, die EWG durch die allgemeinen multilateralen Abkommen über die wechselseitige Senkung von Zollabgaben zu schwächen. Es machte sich sogar zum Fürsprecher der Europäischen Freihandelszone, besser bekannt unter der Bezeichnung EFTA, die so etwas wie eine Konkurrenz zur EWG darstellt.

Die Antwort ist einfach und komplex zugleich. Die aktuelle Entscheidung Großbritanniens ist wirklich eine historische Wende. Jahrhunderte lang war Großbritannien der Mittelpunkt eines großen Reiches. Noch heute ist es das Herz des Commonwealth, in dem politische und wirtschaftliche Verbindungen von weltweiter Bedeutung geknüpft werden. Man denke nur, im wirtschaftlichen Bereich, an die Vorzugszölle, die die Länder des Commonwealth sich gegenseitig einräumen. Oder an die monetären Vereinbarungen, die allgemein als Sterling-Raum bekannt sind. Eine engagiertere Teilnahme Großbritanniens an einer europäischen Politik im weiteren Sinne, wie die EWG sie durchzuführen beabsichtigt, kann das Risiko mit sich bringen, die eben genannten Bande zu sprengen. Somit ist das zögerliche Verhalten Großbritanniens verständlich, das bis zum Schluss sozusagen versucht hat, auf zwei Hochzeiten zu tanzen. Man kann jedoch hoffen, dass im Laufe der Verhandlungen die „imperialen“ Interessen Großbritanniens berücksichtigt werden, die aus einem bestimmten Blickwinkel „europäische“ Interessen geworden sind.

Der Beitritt Großbritanniens zur EWG bedeutet mit Sicherheit eine große Herausforderung. Genauer gesagt: Die EWG ist keine einfache Zollunion, wie manch einer annimmt. Sie bringt Verpflichtungen unterschiedlicher Art mit sich: zu einer gemeinsamen Agrar-, Steuer-, Wettbewerbs- und Tarifpolitik u. v. m. Diese Verpflichtungen erwachsen unmittelbar aus der Auflage, im gesamten Inneren der EWG einen einheitlichen Zollsatz einzuführen. Daraus folgt der schrittweise Abbau bis hin zur Abschaffung der Zölle und Kontingente zwischen den teilnehmenden Staaten, d. h. im Innern der EWG, sowie die Einführung eines gemeinsamen Außenzolls für so genannte Drittstaaten, d. h. außerhalb der EWG liegende Länder.

Dies wird zweifellos einer der heiklen Punkte in den bevorstehenden Gesprächen sein, insbesondere hinsichtlich der Zölle auf landwirtschaftliche Produkte. Denn bekanntlich stellt die Harmonisierung der Agrarpolitik überall dort, wo diese stark protektionistisch geprägt ist, bereits ein Hindernis für eine vollständige Anwendung des Römischen Vertrags dar. Erst kürzlich wurde der Vorschlag, die Senkung der internen Zölle weiter auf bis zu 50 Prozent des anfänglichen Standes zu beschleunigen, durch den Widerstand Frankreichs verschoben, das zunächst die Frage einer gemeinsamen Agrarpolitik gelöst sehen will. Diese Frage ist für Großbritannien von noch viel größerer Bedeutung, da das Land seine Landwirtschaft stark subventioniert und bedeutende Mengen an Nahrungsmitteln zu Vorzugs-Zöllen aus Commenwealth-Staaten importiert.

Weiterhin stellt sich das Problem der EFTA, die sich, nebenbei bemerkt, als halber Fehlschlag erwiesen hat. Wie werden sich die sieben Mitgliedstaaten verhalten? (Berücksichtigt man auch Finnland, das kürzlich von der UdSSR die bedingte Genehmigung zur Teilnahme erhalten hat, sind es sogar acht.) Ich nehme an, dass sich fast alle Großbritannien anschließen werden. Dänemark ist bereits als Beispiel vorangegangen. Es drängt sich schon seit einiger Zeit der Eindruck auf, dass es Angst hat, den Anschluss zu verlieren. Die Schweiz und Schweden melden dagegen Bedenken an, was sich mit der traditionellen Neutralität dieser Länder begründet. Die EWG hat sich, wie auch bei der jüngsten Versammlung der Staats- und Regierungschefs in Bonn klar zu erkennen war, die Einigung unseres Kontinents zum Ziel gesetzt. Man

kann jedoch hoffen, dass diese Anforderungen durch die Schaffung eines Sonderstatus als „assoziiertes“ Mitglied der EWG mit ausschließlich wirtschaftlichen, nicht jedoch politischen Verpflichtungen berücksichtigt werden können.

Es ist schwer vorstellbar, dass der Beschluss der Macmillan-Regierung zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der EWG die Zustimmung aller Engländer findet. Ein neuer Weg wird nicht ohne Wehmut und Klagen eingeschlagen, auch wenn der alte in eine Sackgasse führte. Die englische Insellage hat weiterhin ihre „Fans“. Einige privilegierte Positionen müssen wohl aufgegeben werden. Die Produktionsverfahren müssen vor dem Hintergrund zunehmenden Wettbewerbs überprüft werden. Wie ich kürzlich an dieser Stelle schrieb, war es kein Zufall, dass der gestrigen Erklärung eine Reihe von Vorkehrungen im Bereich der Wirtschaftspolitik vorausgingen, die unter anderem Kostensenkungen zum Ziel haben.

Damit möchte ich nicht nur sagen, dass die Engländer sich daran gewöhnt haben, zu gut zu leben. Das ist eine Tatsache. Aber um einen bestimmten Lebensstandard aufrechtzuerhalten, kann man sich nicht nur auf Erinnerungen verlassen. Man muss, der Ausdruck sei mir verziehen, die Ärmel hochkrempeln, mehr arbeiten und sich bewusst machen, dass, um Sparmaßnahmen zu vermeiden, Güter und Dienstleistungen auf wirtschaftliche Weise hergestellt werden müssen.

Libero Lenti